

1918
bis
1933

IN DER ERSTEN REPUBLIK 1918 BIS 1933



Mit einem offen antisemitischen Plakat werben die Christlichsozialen 1920 um Stimmen. Eine antisemitische Grundstimmung gibt es aber in allen Parteien, am wenigsten in der Sozialdemokratie, die sich allerdings dagegen wehrt, als „jüdisch“ bezeichnet zu werden.



Das von Viktor Slama 1927 für die Wiener Sozialdemokratie gestaltete Wahlplakat zeigt die Maßnahmen der Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik des „roten Wien“ bis zu diesem Jahr. Der in Aussicht gestellte Bau von insgesamt 62.000 Gemeindewohnungen wird bis 1933 sogar noch um 3.000 überschritten. Dies gelingt bis zur Wirtschaftskrise 1929 ohne ein Budgetdefizit in Kauf nehmen zu müssen.



Die sozialdemokratisch regierten Städte und Gemeinden wie Linz, Steyr, Graz, St. Pölten oder Marienthal setzen viele sozialpolitische Initiativen, soweit dies die Gemeindeselbstverwaltung erlaubt. Die Bundeshauptstadt Wien hat mehr Handlungsspielraum, denn sie ist ab 1920 ein eigenes Bundesland. Die Stadtregierung baut das „rote Wien“ als Gegenmodell zu der von den Geldgeber-Banken verlangten rigorosen Sparpolitik der Bundesregierungen auf. Neben breiten Steuern wie die von allen Mieterinnen und Mietern sozial gestaffelt eingehobene Wohnbausteuer setzt Finanzstadtrat Hugo Breitner auf „Reichensteuern“, etwa für den Besuch von Luxusrestaurants, dazu kommen die Mittel aus dem Finanzausgleich. Aus diesen Einnahmen können die international bestaunten Leistungen des „roten Wien“ finanziert werden, - vom Wohnbauprogramm über eine zukunftsweisende Bildungspolitik bis zur vorbildlichen Gesundheitspolitik. Die Politik der „sozialen Demokratie“ mit der Verschiebung eines kleinen Teils der Mittel von „Oben“ nach „Unten“ wird von liberaler und konservativer Seite heftig angegriffen. Dabei sind vor allem Breitner und sein Nachfolger Robert Danneberg antisemitischen Diffamierungen ausgesetzt. Nicht nur Rechts-extreme hetzen gegen die „verjudete Sozialdemokratie“.